

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

60. Ausgabe, August 2009

Russland

Einspruch und Klage gegen Steuerbescheide

In Art. 138 des russischen Steuerkodex (StK-RF) ist das Recht eines jeden Steuerpflichtigen festgehalten, einen Steuerbescheid sowohl durch einen Einspruch als auch durch Klage anzufechten. Das Einspruchsverfahren ist in Russland damit anders als in Deutschland nicht zwingend dem Klageverfahren vorgeschaltet. Das Bundesarbitragegericht des Wolgakreises in Kasan' nahm nunmehr in einem Urteil vom 9. Juni 2009 (Akz. A55-15652/2008) zum Verhältnis der beiden Rechtsbehelfe Stellung:

Das Gericht legte in seinem Urteil Art. 138 StK-RF dahingehend aus, dass ein Gerichtsverfahren sich nicht durch die Aufhebung des beanstandeten Steuerbescheides durch die beklagte Finanzbehörde erledigt. Nach Einreichung der Klage läuft das Gerichtsverfahren bis zur endgültigen Entscheidung über den Streitgegenstand, auch wenn die Finanzbehörde den Steuerbescheid aufgehoben hat.

Das Gericht begründet dies mit den unterschiedlichen Rechtsfolgen einer Aufhebung durch die Finanzbehörde bzw. durch das Gericht. Bei der Aufhebung durch die Finanzbehörde wird der Bescheid lediglich für die Zukunft unwirksam. Die Entscheidung des Gerichts führt dagegen unter Umständen zur Feststellung der Nichtigkeit des Steuerbescheides und damit zur Rückwirkung und zur Wiederherstellung der Lage vor dem Bescheid.

Mit Blick auf dieses Urteil ist daher zu empfehlen, immer (auch) fristgerecht Klage bei Gericht zu erheben.

Kontakt in Deutschland:

Tanja Galander, Telefon: + 49 (30) 26 36-55 00

Daniel Kast, Telefon: +49 (30) 26 36-52 52

Stanislav Rogojine, Telefon: +49 (30) 26 36-52 07

Slowakische Republik

Entwurf der Novelle zum Ertragsteuergesetz

Die wichtigsten Änderungen betreffen die steuerliche Behandlung von folgenden Unternehmenszusammenschlüssen:

- Veräußerung bzw. Erwerb eines Gesamt- oder Teilbetriebs,
- Sacheinlage auf das gezeichnete Kapital der Gesellschaft, sowie
- Verschmelzung durch Aufnahme, Verschmelzung durch Neugründung, bzw. Spaltung von Handelsgesellschaften oder Genossenschaften.

Mit der Novelle werden zwei Alternativen der steuerlichen Behandlung dieser Transaktion eingeführt.

Die wichtigste Änderung bei der Veräußerung eines Gesamt- oder Teilbetriebs gegenüber der derzeit geltenden Regelung ist die Pflicht des Käufers, einen etwaigen, durch Erwerb angeschafften Geschäfts- und Firmenwert / negativen Geschäfts- und Firmenwert in die Steuerbemessungsgrundlage für höchstens sieben Besteuerungszeiträume mit einzubeziehen. Derzeit ist solcher Geschäfts- und Firmenwert / negativer Geschäfts- und Firmenwert für ihn kein steuerlich abzugsfähiger Aufwand / steuerpflichtiges Einkommen.

Im Gegensatz zur derzeit geltenden Regelung soll auch der steuerliche Verlust (berechnet nach slowakischem Steuerrecht) der steuerpflichtigen ausländischen Betriebsstätte (z.B. einer Zweigniederlassung) eines unbeschränkt Steuerpflicht-

igen Bestandteil seiner Steuerbemessungsgrundlage sein, ungeachtet dessen, ob die Betriebsstätte diesen Verlust nach den Gesetzen des jeweiligen Staates geltend machen kann oder nicht.

Die Frist für einen möglichen Verlustvortrag, d.h. den Abzug des steuerlichen Verlusts von der Steuerbemessungsgrundlage in der Zukunft, wird nach dem Novellenentwurf von derzeitigen fünf auf sieben Jahre verlängert.

Kontakt vor Ort:

Kamila Klesz, Telefon: +421 2 59 350 636

Slowenien Änderungen im Gesetzesentwurf zum Umsatzsteuergesetz

Anfang Juni wurden die Änderungen im Gesetzesentwurf zum Umsatzsteuergesetz auf der offiziellen Webseite des Finanzministeriums veröffentlicht.

Die Änderungen sehen neue Regelungen hinsichtlich des Ortes des Erbringens von Dienstleistungen sowie bezüglich der Vorsteuervergütung für steuerpflichtige Personen mit Sitz in einem anderen Mitgliedsstaat vor. Sowohl die Berichtsperiode für die Einreichung der zusammenfassenden Meldung als auch die Fälligkeit (Frist) für die Einreichung der Umsatzsteuererklärungen für steuerpflichtige Personen, die zur Einreichung einer zusammenfassenden Meldung verpflichtet sind, werden verkürzt. Die Änderungen im Gesetzesentwurf sehen zudem die Möglichkeit einer vorzeitigen Einreichung von Umsatzsteuererklärungen und Zahlungen von Umsatzsteuerverbindlichkeiten auf Anforderung der Steuerbehörden im Steuerprüfungsverfahren vor. Die Änderungen treten zum 1. Januar 2010 in Kraft.

Ort der Dienstleistung

Die Korrekturen im Gesetzesentwurf ändern die allgemeine Regel hinsichtlich der Bestimmung des Ortes der Erbringung einer Dienstleistung gegenüber Unternehmen dergestalt, dass nunmehr die Dienstleistungen in jenem Mitgliedsstaat besteuert werden, in welchem der Auftraggeber ansässig ist. Die Änderungen erweitern den Anwendungsbereich des "reverse charge" Mechanismus.

Stundung von Steuerzahlungen und Zahlungen in Raten

In Übereinstimmung mit dem Besteuerungsverfahrensgesetz (Tax Procedure Act) ist es Gesellschaften gestattet, ihre Steuerschulden bis zu zwei Jahre zu stunden oder diese in bis zu 24 Monatsraten zu zahlen, sofern ihr Unternehmen aufgrund einer Zahlungsunfähigkeit oder des Verlustes an Ertragsfähigkeit aufgrund außerhalb ihres Einflusses liegenden Faktoren andernfalls ernstlich Schaden erleiden würde. Der Steuerzahler muss in der Lage sein zu beweisen, dass die Stundung bzw. Ratenzahlung drohenden und schwerwiegenden Schaden für das Unternehmen abwenden könnte. Der Antrag auf Steuerstundung oder Ratenzahlung ist bei der zuständigen Behörde einzureichen. Hervorzuheben ist, dass es nicht möglich ist eine Stundung bzw. Ratenzahlung für Quellensteuern (wie zum Beispiel die Lohnsteuer oder Arbeitnehmerbeiträge zur Sozial- und Rentenversicherung) zu beantragen.

Auf die ausstehenden Steuerschulden sind für die Dauer der Stundung oder Ratenzahlung Zinsen zu zahlen. Diese orientieren sich am EURIBOR (Zinssatz derzeit 1,6%).

Kontakt vor Ort:

Janos Kelemen, Telefon: + 3861 58 36 058

Tschechien Senkung der Sozialversicherungsbeiträge

Das Gesetz zur Einführung der Sozialversicherungsermäßigungen wurde am 7. Juli vom Präsidenten der tschechischen Republik unterzeichnet, die novellierte Fassung zur Einführung der Sozialversicherungsermäßigungen trat rückwirkend zum 1. August 2009 in Kraft.

Die Beitragssenkung beläuft sich auf 3,3% des Unterschiedsbetrags zwischen dem 1,15fachen des Durchschnittslohn und der Beitragsbemessungsgrundlage des jeweiligen Arbeitnehmers. Sie wird bis zum Höchstbetrag von 25% der Beitragsbemessungsgrundlage gewährt.

Der Arbeitgeber hat Anspruch auf die Versicherungsbeitragsermäßigung für jeden Arbeitnehmer, dessen Beitragsbemessungsgrundlage unter dem 1,15fachen des Durchschnittslohns liegt und dessen Arbeitsverhältnis jeweils den vollen Monat bestanden hat.

Ermäßigungen können ab August 2009 beantragt werden

Die Ermäßigung auf den Versicherungsbeitrag kann erstmalig für August 2009 und letztmalig für Dezember 2010 in Anspruch genommen werden. Für den August können Arbeitgeber auch eine außerordentliche Ermäßigung, die als Summe der „ordentlichen“ Ermäßigungen auf Versicherungsbeiträge für Januar bis Juli 2009 ermittelt werden, beantragen. Die Summe der Ermäßigungen für einen Arbeitnehmer kann nur bis zum Fälligkeitstag des Versicherungsbeitrags für den Monat, für welchen die Versicherungsermäßigung zusteht, in Anspruch genommen werden (d. h. bis zum 20. Kalendertag des Folgemonats), und die Ermäßigung kann nicht rückwirkend in Anspruch genommen werden. Die außerordentliche Versicherungsermäßigung kann lediglich bis zum 20. September 2009 geltend gemacht werden, andernfalls erlischt der Ermäßigungsanspruch.

Der Arbeitgeber hat die Summe der Ermäßigungen auf dem vorgeschriebenen Formblatt, das auf der Homepage der tschechischen Verwaltung für die Sozialversicherung unter der Adresse www.cssz.cz/tiskopisy zugänglich ist, geltend zu machen.

Super-beschleunigte Abschreibungen und Leasing in der Praxis

Die Änderung des Einkommensteuergesetzes Nr. 216/2009 Slg. führt als Mittel zur Unterstützung der Unternehmen in der Wirtschaftskrise unter anderem durch die sog. super-beschleunigte Abschreibungen und das super-beschleunigte Leasing bei dem Vermögen der ersten und zweiten Abschreibungsgruppe ein. Die Änderung beinhaltet jedoch auch einige problematische Bestimmungen, die bei der praktischen Anwendung zu Irritationen führen können.

Eine der Bedingungen für die Geltendmachung des neuen Verfahrens ist die Anschaffung des Vermögens innerhalb des Zeitraums 1. Januar 2009 bis 30. Juni 2010. Im Unterschied zum Beginn der Abschreibung ist daher der Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Vermögens unwesentlich. Diese Bedingung ermöglicht somit keine super-beschleunigte Abschreibung bzw. kein super-beschleunigtes Leasing bei bis Ende 2008 gekauften Vermögen, auch wenn dieses erst nach dem 31. Dezember 2008 in Betrieb genommen wurde. Andererseits kann auch das nach dem 30. Juni 2010 in Betrieb genommene Vermögen abgeschrieben werden, falls es bis zum 30. Juni 2010 gekauft wurde.

Unklar ist die Situation bei durch eigene Tätigkeit hergestelltem Vermögen, wenn dieses aus zugekauften Teilen zusammengebaut wurde. Bei einer strikten Auslegung kann der Schluss gezogen werden, dass für die super-beschleunigte Abschreibung bzw. für das super-beschleunigte Leasing kein Teil des neu eingeordneten Vermögens vor dem 1. Januar 2009 bzw. nach dem 30. Juni 2010 angeschafft werden darf. Der Begriff "Anschaffung" entspricht dem Zeitpunkt der Verbuchung des Anlagevermögens auf dem Anschaffungskonto.

Im Falle des super-beschleunigten Leasings ist die Bedingung problematisch, dass zugleich die bestehenden Voraussetzungen für das Leasing (vor allem die Leasingmindestlaufzeit von 3 Jahren bei der ersten Abschreibungsgruppe bzw. 5 Jahre bei der zweiten Abschreibungsgruppe) auch für das neue super-beschleunigte Leasing (Länge 12 Monate bzw. 24 Monate) zu erfüllen sind. Es ist offensichtlich, dass es sich in diesem Fall nur um eine Ungenauigkeit des

Gesetzgebers handelt und durch eine logische Auslegung der Schluss angenommen werden kann, dass nur die Bedingung für das neue superbeschleunigte Leasing erfüllt werden muss.

Eine weitere Voraussetzung für die steuerliche Absetzbarkeit des Leasingaufwands ist es, dass der Leasinggeber das Vermögen mit dem superbeschleunigten Verfahren abschreibt. Das heißt unter anderem, dass der Leasingnehmer der erste Inhaber des angemieteten Vermögens im Sinne des Einkommensteuergesetzes sein muss. Da der Leasingnehmer sich über die Erfüllung der Voraussetzungen beim Leasinggeber nur schwer überzeugen kann, sollte er zumindest seinen guten Glauben in Bezug auf die Erfüllung der Voraussetzungen aufweisen. Daher ist zu empfehlen, dass der einschlägige Leasingvertrag im Falle eines superbeschleunigten Leasings die Erklärung des Leasinggebers beinhaltet, dass er beim Vermögen die superschnelle Abschreibung in Übereinstimmung mit dem Gesetz in Anspruch nimmt.

Gemäß den Übergangsbestimmungen kann das sog. superbeschleunigte Leasing nur bei den Verträgen geltend gemacht werden, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes (d. h. nach dem 20. Juli 2009) bis 30. Juni 2010 abgeschlossen wurden. Bei den superbeschleunigten Abschreibungen ist es jedoch nicht klar, ob die Abschreibung auch rückwirkend für das angeschaffte und vom 1. Juni 2009 bis 19. Juli 2009 in Nutzung gesetzte Vermögen geltend gemacht werden kann, oder ob diese Abschreibungsweise nur für das nach dem 1. Januar 2009 angeschaffte Vermögen, das zuerst zum Tag des Inkrafttretens des Gesetzes, d. h. frühestens am 20. Juli 2009, in Betrieb genommen wurde, angewandt werden kann.

Einlagen in tschechische Gesellschaften sind kein steuerbares Einkommen

Durch eine Einlage durch eine ausländische Person in eine andere ausländische Person in Form einer Beteiligung an einer tschechischen Gesellschaft entsteht für den ausländischen Investor kein steuerbares Einkommen in Tschechien. Diese Stellungnahme reagiert auf die ab 1. Januar 2009 rechtskräftige Änderung des Einkommensteuergesetzes. Diese Novelle regelt, dass zu den Einkünften aus den Quellen auf dem Gebiet Tschechiens auch das Einkommen aus der Übertragung eines Anteils an Gesellschaften oder Genossenschaften mit dem Sitz in Tschechien gehört. Die neue Bestimmung ruft jedoch Unklarheiten hinsichtlich der praktischen Anwendung z. B. bei Repogeschäften oder bei Sicherungsübereignungen von Anteilen an tschechischen Gesellschaften hervor.

Kontakt vor Ort:

Lenka Mrázová, Telefon: +420 (2) 51 15-25 53

Kontakt in Deutschland:

Monika Diekert, Telefon: +49 (30) 26 36-52 25

Ungarn Die wichtigsten Änderungen betreffend die Körperschaftsteuer

Das Parlament hat am 29. Juni die Gesetzesvorlage mit der Nummer T/9817 verabschiedet, welche die folgenden Modifizierungen beinhaltet:

- Ab 1. Januar 2010 wird der Steuersatz der Körperschaftsteuer von 16% auf 19% angehoben. Gleichzeitig wird die Sondersteuer für Gesellschaften abgeschafft.
- Für den Fall, dass kein Doppelbesteuerungsabkommen existiert, wird eine Quellensteuer von 30% auf die an ausländische Gesellschaften gezahlten Zinsen, Patentgebühren und bestimmte Dienstleistungsgebühren eingeführt.
- Der Begriff der verbundenen Unternehmen wird sich wesentlich ändern; zudem wird der Begriff der "Gesellschaft mit Immobilienbesitz" neu eingeführt.

- Die Definition der eingetragenen Beteiligung sowie der Begriff der beherrschten Gesellschaft wurden im Vergleich zur vorherigen Gesetzesvorlage wesentlich modifiziert.
- Die Begriffe "uneintreibbare Forderung" und "Wertverlust" wurden modifiziert, ebenso die daraus resultierenden Posten, welche die Steuerbemessungsgrundlage ändern.
- Gemäß der Vorlage sollen die Regeln der Verrechnungspreise ab dem Zeitpunkt der Gründung und bei Transaktionen zwischen dem Steuersubjekt und seinen ausländischen Betriebsstätten angewandt werden.
- Die Möglichkeit eines Verlustvortrags steht auch Kreditinstituten zur Verfügung, einschließlich bereits einer negativen Steuerbemessungsgrundlage im Jahr 2009.
- Die Posten, die das Ergebnis vor Steuern beeinflussen können, werden ebenfalls modifiziert: "gezahlte bzw. erhaltende Subvention ohne Rückzahlungspflicht" sowie "als Aufwand verrechnete Gewerbesteuer" werden künftig nicht steuerlich abziehbar sein.
- Außerdem wird der die Steuerbemessungsgrundlage zu 50% modifizierende Posten bezüglich der zwischen verbundenen Unternehmen gezahlten Zinsen gestrichen.
- Die gemäß Einkommensteuergesetz als Repräsentationskosten und als Geschäftsgeschenke anzusehenden Sachleistungen werden nicht mehr als betrieblich veranlasste Kosten anerkannt.
- Nach dem geänderten Körperschaftsteuergesetz gelten nun die vom Auszahlenden getragenen Ausbildungskosten als betrieblich veranlasste Kosten.

Die Mehrheit der Regelungen der Gesetzesvorlage tritt ab 1. Januar 2010 in Kraft. Die Modifizierungsvorschläge bezüglich des Wertverlustes (Definition sowie Posten, welche die Steuerbemessungsgrundlage ändern) treten jedoch bereits an dem auf den Tag der Verkündung folgenden Tag in Kraft.

Die Änderungen bei der Einkommensteuer laut Steuerpaket 2010

Aufgrund des vom Parlament verabschiedeten Gesetzes werden sich ab 1. Januar 2010 mehrere Vorschriften des Einkommensteuergesetzes ändern. Das verabschiedete, endgültige Gesetz weicht in mehreren Punkten von der früheren Gesetzesvorlage ab.

Steuerbemessungsgrundlage für die Einkommensteuer wird ab 2010 das Bruttoeinkommen samt der Arbeitgeberbeiträge (Sozialversicherungsbeitrag sowie Krankenversicherungsbeitrag). Falls die so errechnete Steuerbemessungsgrundlage 5 Mio. HUF (13.382 EUR) nicht übersteigt, wird ein Einkommensteuersatz von 17% angewandt. Übersteigt die Steuerbemessungsgrundlage 5 Mio. HUF (13.382 EUR), werden pauschal 850.000 HUF (3.125 EUR) einbehalten und der die 5 Mio. HUF (13.382 EUR) überschreitende Betrag unterliegt einer Besteuerung zu 32%. Grundlage der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung bleibt weiterhin das Bruttoeinkommen. Auch die Regeln der Steueranrechnung werden sich ändern: durch die Erhöhung der Grenzen kann man diese auch bei höheren Einkommen in Anspruch nehmen. Das verabschiedete Gesetz beinhaltet bereits die ab 2011 geltenden Änderungen bezüglich der Steuerstufen der Einkommensteuer.

- Die obere Grenze der Steuerstufe mit 17%-igem Steuersatz erhöht sich von 1,7 Mio. HUF (6.250 EUR) auf 5 Mio. HUF (18.382 EUR). Bis zu einem Einkommen von 5 Mio. HUF (18.382 EUR) wird ein Steuersatz von 17%, auf den diesen Betrag übersteigenden Teil ein Satz von 32% angewandt.
- Im Gegensatz zu früheren Plänen bleibt der Solidaritätszuschlag bei einem Einkommen von mehr als 7.446.000 HUF (27.449 EUR) bestehen. Zur Verein-

fachung wird dieser allerdings in den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer "integriert".

- Der Gesetzestext beinhaltet bereits Regelungen zur Anhebung der oberen Grenze der Steuerstufe auf 15 Mio. HUF (55.147 EUR) - Anwendung soll diese Regelung jedoch erst ab 2011 finden.
- Der derzeitige Arbeitnehmerbeitrag von 1,5% wird mit dem Krankenversicherungsbeitrag von 6% zusammengeführt, welcher sich hierdurch auf 7,5% erhöht.
- Steueranrechnungen stehen nun auch bei höheren Einkommen zur Verfügung. Bis zu einem Jahreseinkommen von 3.188.000 HUF (11.720 EUR) (vormals 1.250.000 HUF (4.598 EUR)) können sie voll, bis zu einem Jahreseinkommen von 4.698.000 HUF (17.239 EUR) können sie teilweise in Anspruch genommen werden. Die Höhe beträgt 17% des Gehalts, maximal jedoch 15.100 HUF (56 EUR) pro Monat.

Gleichzeitig mit der Umstrukturierung des Einkommensteuersystems werden die Arbeitgeberbeiträge in allen Einkommensgruppen gesenkt. Ab 1. Juli 2009 wird eine Senkung von 5% der Beiträge auf alle Einkommen bis zum Doppelten des Minimallohns durchgeführt. Ab 1. Januar 2010 gilt diese Senkung der Sätze für alle Einkommen - so müssen die Arbeitgeber für die Beschäftigten insgesamt 27% Sozialversicherungsbeitrag statt des bisherigen Schlüssels von 32% (29% plus 3%) zahlen. Der derzeit fixe Krankenversicherungsbeitrag von 1.950 HUF (7 EUR) pro Monat wird ganz gestrichen. Der prozentuale Beitrag erhöht sich dafür von 11% auf 27%.

- Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber von 32% auf 27% wird ab 1. Januar 2010 auf alle Einkommensbereiche ausgedehnt. Der Krankenversicherungsbeitrag der Arbeitgeber wird von 5% auf 3% gesenkt und beinhaltet künftig auch bereits den Arbeitgeberanteil von 1%, der bisher als separater Posten 3% betrug. Dieser gesonderte Arbeitgeberbeitrag entfällt ab 2010.
- Der fixe Krankenversicherungsbeitrag entfällt.

Kontakt vor Ort:

Gabriella Erdős, Telefon: + 36 1 461 9130

Czech Republic Deductions on social security insurance con- tributions

The law introducing a deduction on the social security insurance contributions was signed by the President on 7 July 2009 and is effective as of 1 August 2009.

The amount of the deduction on social security insurance contributions for each employee is calculated as 3.3% of the difference between 1.15^x the average wage and the actual social security insurance assessment base of an employee. The maximum deduction amounts to 25% of the social security insurance assessment base of each employee.

The employer is entitled to apply the deduction to social security insurance contributions for each employee whose social security insurance assessment base is lower than 1.15^x the average wage and whose employment lasts the whole calendar month.

Deductions can be applied for from August 2009

From August 2009 until December 2010, the deduction on social security insurance contributions can be applied for. For the month of August, employers can also apply for an extraordinary deduction on social security insurance contributions. The extraordinary deduction is calculated as a sum of all "ordinary" deductions from social security insurance contributions for the period January to July 2009. The deductions for employees can only be applied until the due date for

payment of social security contributions for the month for which the deduction applies (i.e., until the 20th day of the following month), and the deduction cannot be applied retrospectively. The extraordinary deduction on insurance contributions must also be applied by 20 September 2009, or the entitlement for deduction expires.

If the employer applies for deductions, a special form must be filled out. This form is accessible on the CSSZ website through the following link:
www.cssz.cz/tiskopisy.

Super-accelerated depreciation and leasing in practice

The Income Tax Act amendment introduces the so-called super-accelerated depreciation and super-accelerated financial leasing for property in the first and second depreciation group as measures against the economic crisis. This amendment includes some problematic regulations that can cause confusion to taxpayers.

One of the conditions for the application of the new regime is to acquire the property during the period from 1 January 2009 until 30 June 2010. Contrary to the beginning of depreciation, it is not important when the property is put into use. On the one hand, this condition does not enable the super-accelerated depreciation, leasing to be applied for property acquired until the end of 2008 although it is put into use after 31 December 2008. On the other hand, it enables the depreciation of the property put into use after 30 June 2010 if the condition of acquisition is fulfilled by 30 June 2010.

In particular, the situation of property acquired by own activities but from purchased components remains unclear. Strictly interpreted, it can be concluded that for the purposes of super-accelerated depreciation/leasing no component of the property newly put into use can have been acquired before 1 January 2009 or after 30 June 2010. As the Act does not define the term "acquisition" the interpretation commonly used for bookkeeping where it corresponds to the moment when the item is recorded into accounts can be used...

In case of super-accelerated leasing, the parallel fulfillment of conditions for current leasing (in particular the minimal length of leasing of three years for the first depreciation group and five years for the second depreciation group) and for new super-accelerated leasing (the minimum length of 12 or 24 months) causes problems. This is apparently a drafting issue only and by logical interpretation it can be concluded that only the latter condition for the new super-accelerated leasing should be met.

Furthermore, property depreciation under the super-accelerated method is one of the conditions for tax-deductibility of the lease fee. This means that the lessee needs to be the first owner of the leased property. For that reason, it is able to include into the lease contract the lessor's declaration that he uses the super-accelerated depreciation method for his property.

According to the transnational provisions, it is possible to use super-accelerated leasing only for contracts concluded as of the date of legal effect (i.e. from 20 July 2009) until 30 June 2010. Nevertheless, in the case of super-accelerated depreciation it is still not evident if the depreciation can be used retrospectively for the property acquired and put in use from 1 January 2009 until 19 July 2009 or only to property acquired after 1 January 2009 which has been put in use subsequently to the date of the Act's effectiveness, i.e. 20 July 2009.

Contributions in the form of a share in a Czech company is not taxable income

In the case of a non-monetary contribution to a foreign entity performed by another foreign entity in the form of a share in a Czech company, no taxable income arises for the contributing foreign investor in the Czech Republic. This clarification arose as a reaction to the Income Tax Act amendment effective as of 1 January 2009. This Income Tax Act amendment includes the income from the transfer of shares in a company or in a cooperative seated in the Czech Republic into the definition of Czech sourced income. However, the new regulation may still generate uncertainty in respect of its practical application, e.g., in the case of repo-operations or transfer of custodial shares in Czech companies.

Hungary

A summary of the most important amendments affecting corporate income tax

On 29 June 2009, Parliament passed bill no. T/9817, which amends the corporate income tax regulations as follows:

- As of 1 January 2010, the corporate income tax rate will increase from 16% to 19%. At the same time, the special profit tax payable by businesses will be abolished.
- If there is no double tax treaty in place, a withholding tax of 30% will be introduced and payable on interest, royalties and also on certain service fees defined by law if the interest, royalties or fees are paid to a foreign entity.
- The statutory definitions of related parties will be significantly modified, and the definition of 'real estate owning company' will be introduced.
- However, the definitions of registered shareholdings and controlled foreign companies in the final version of the bill passed by Parliament are distinctly different from the definitions in the text of the original bill proposed by the Government.
- The statutory definitions of bad debt and impairment loss will also be modified, along with the related tax base adjustments.
- According to the bill, transfer pricing regulations will have to be applied from the time of foundation, and also to transactions between the taxpayer and its foreign permanent establishments.
- The possibility of carrying losses forward will be available to credit institutions, including 2009 negative tax bases.
- The items increasing/decreasing pre-tax profit will also be modified. Among other changes in these items, non-repayable support received or given will no longer modify the tax base and the local business tax accounted as an expense will no longer be deductible from the tax base.
- The 50% tax base adjustment related to interest paid between related parties will be abolished.
- Contributions in kind accounted as corporate hospitality/gifts (as defined in the Act on Personal Income Tax) will qualify as expenses not incurred for business purposes.
- Under the Corporate Income Tax Act as amended, any training costs borne by the payer will qualify as business expenses.

The effective date of the majority of the new rules is 1 January 2010. However, the amendments related to impairment loss (definitions, tax base adjustments) will take effect the day after the act is promulgated.

Changes in personal income tax introduced by the 2010 tax package

According to an act passed by Parliament, a number of provisions in the Personal Income Tax Act will be amended as of 1 January 2010. Compared to earlier proposals, several changes have been made to the legislation that has finally been adopted.

From 2010, the personal income tax base will be gross income plus the employers' contributions (social security and health care contributions). If the consolidated base is lower than or equal to HUF 5 million (EUR 18,382), personal income tax at the rate of 17% will have to be withheld. If the annual income exceeds HUF 5 million (EUR 18,382), HUF 850,000 (EUR 3,125) will be withheld and the part of the income above HUF 5 million (EUR 18,382) will be taxed at 32%. Gross income will remain the base for the employers' and employees' contributions. The tax credit rules will also be amended: the upper income limit for tax credits will be significantly higher. The newly adopted legislation already contains the changes to be introduced in 2011 in respect of the personal income tax brackets.

- The upper limit of the 17% tax bracket will be increased from HUF 1.7 million (EUR 6,250) to HUF 5 million (EUR 18,382). The 17% rate will apply to the part of the income below HUF 5 million (EUR 18,382); the amount exceeding HUF 5 million (EUR 18,382) will be taxed at 32%.
- Although the solidarity tax (payable on annual income exceeding HUF 7,466,000 (EUR 27,449)) was to be abolished according to earlier plans, it will remain in effect. However, for the purpose of simplification, it will be built into the higher income tax rate.
- The current legislation contains a provision on increasing the upper limit of the tax bracket to HUF 15 million (EUR 55,147), which, however, will not take effect until 2011.
- The current employees' contribution (1.5%) will be incorporated into the health insurance contribution (6%), which will thus be increased to 7.5%.
- Tax credits will be available for higher incomes. They will be fully available for annual incomes not exceeding HUF 3,188,000 (EUR 11,720) (earlier, the same limit was HUF 1,250,000 (EUR 4,596)), and will be partly available for annual incomes that do not exceed HUF 4,689,000 (EUR 17,239). The rate will be 17% of the wages earned, with an upper limit of HUF 15,100 (EUR 56) per month.

The restructuring of the personal income tax regime from 2010 will be coupled with a decrease in the various forms of contributions payable by employers. From 1 July 2009, a 5% decrease in contribution rates will apply for all incomes not exceeding twice the minimum wage. From 1 January 2010 the reduction in rates will apply to all incomes, therefore, the rate of social security contributions and employer's contributions payable by employers will be 27% instead of the current rate 32% (29% and 3%, respectively). The itemized health-care contribution (currently HUF 1,950 (EUR 7) per month) will be abolished. However, the current percentage-based health-care contribution will be increased from 11% to 27%.

- The decrease in the rates of social security contributions payable by employers will apply to all incomes from 1 January 2010. The rate will be reduced from 32% to 27%. The method of reduction will be to decrease the current employers' health-insurance contribution rate from 5% to 3%. This latter percentage will include the employers' contribution as well. This is because the new health insurance contribution will be 3%, and will include the employers' contribution at 1%. This latter contribution has been a separate contribution of 3%, which has now been abolished as such and integrated into the health insurance contribution.
- The itemized healthcare contribution will be abolished.

Slovenia Draft amendments to the Value Added Tax Act

At the beginning of June the draft amendments to the Value Added Tax Act were published on the official website of the Ministry of Finance.

The draft amendments would establish new rules with respect to the place of supply of services and with respect to VAT refund to taxable persons established in another Member State. The reporting period for the submission of recapitulative statements as well as the due date for the submission of VAT returns for taxable persons who are obligated to submit recapitulative statements will be shortened. The draft amendments also introduce the possibility of early submission of VAT returns and payment of VAT liability at the request of the tax authorities in the tax inspection procedure. The changes will take effect 1 January 2010.

Place of supply services

The draft amendments amend the general rule on the place of supply of services to a taxable person in the way that services shall in principle be taxable in the Member State where the customer has established his business. The amendments increase the scope of usage of the reverse-charge mechanism.

Deferral of tax payments and payment of tax in instalments

In accordance with the Tax Procedure Act (TPA-2), businesses are allowed to defer the payment of their tax liabilities by up to two years or to pay them in up to 24 monthly installments, if their business would suffer serious damage because of an inability to make payments or a loss of earning capacity, caused by factors beyond their control. The taxpayer must be able to show that the deferral of payment or payment in instalments would prevent imminent and serious damage to the business. The taxpayer must submit an application to defer the payment of their tax liabilities or to pay them in instalments to the competent tax office. It should be stressed that it is not possible to request the deferred payment or payment in instalments of tax withheld at source, such as income tax on employees' salaries or employees' social security and pension contributions.

Interest is payable on the outstanding tax liabilities for the duration of the deferral or payment in instalments at EURIBOR, which currently stands at 1.6%.

Ansprechpartner für die Region Mittel- und Ost- europa in Deutschland

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 25
monika.diekert@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 07
stanislav.rogojine@de.pwc.com

Tanja Galander
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-55 00
tanja.galander@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine E-Mail an Celina Maciejewski: celina.maciejewski@de.pwc.com.